

Deutschland.

Berlin, 4. März. Se. Majestät der König hatte am Freitag, nach Aufhebung der Tafel, noch eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und dem diesseitigen Botschafter in Paris, Grafen v. d. Goltz, der sich darauf verabschiedete und gestern Morgen nach Paris zurückgereist ist. — Der dem Botschafter Abends zuvor übergebene Schwarze Adlerorden ist, wie man meint, für den Kaiserlichen Prinzen bestimmt.

— Der Generalmajor und Chef des Generalstabes des Generalkommandos 2. Armee-Körps, v. Kameke, hat sich in Begleitung des Majors im Generalstabe des genannten Armee-Körps v. d. Burg in dienstlichen Angelegenheiten nach der Provinz Pommern begeben.

— In Königsberg ist vorgestern der Redakteur der „Neuen Königsberger Zeitung“, Stobbe, verhaftet und wegen Hochverrats und Erregung zum Aufruhr unter Anklage gestellt worden.

— Aus Frankfurt a. M. wird telegraphiert: Die Mittelstaaten agitieren für die Zulassung eines Bundesbevollmächtigten zur Konferenz wegen der Donau-Fürstenthümer, um die schleswig-holsteinische Frage zu einer europäischen zu machen.

— (Voss. Ztg.) Se. Majestät der König wird, wie man in den Hofkreisen hört, nicht zur Feier der silbernen Hochzeit des Kaisers von Russland nach St. Petersburg gehen, wahrscheinlich wird Se. Königl. H. der Prinz Karl an diesem Familienfeste teilnehmen.

— Wie die „Bant- und Hds.-Z.“ erfährt, war von Frankreich Wien für die Zusammenkunft der Donaufürstenthümer-Konferenz in Vorschlag gebracht, aber von der österreichischen Regierung mit Rücksicht auf den Umstand, daß dann auch ein Gesandter der italienischen Regierung, da diese zu den Garantemächten gehört, empfangen werden müßte, abgelehnt. Aus diesem Grunde ist es wahrscheinlich, daß die Konferenz, wenn nicht in Konstantinopel, dann in Paris zusammentritt.

— Der Graf Wartensleben hat gegen den Redakteur der „B.-Z.“ wegen des Berichts über die betreffende Sitzung eine Klage angestellt.

— Die „Patr. Z.“ schreibt: „Da Herr Dr. Frese das Duell nicht angenommen, hat der Abg. Gr. Wartensleben am 23. Febr. eine Privatjurienklage gegen denselben wegen dessen Entgegnungen im Abgeordnetenhaus erhoben.“

— Mit welchen Mitteln von österreichischer Seite neuerdings in Florenz heimlich agitiert wurde, ist schon mehrfach angedeutet. Auch sonst wird umhergetragen, Oesterreich werde für eine Erbsion Venetiens 800 Millionen fordern und Italien 600 Millionen bieten. Man ist aber in Florenz über den trügerischen Charakter dieser Ausstreunungen schon vollkommen orientiert und weiß daß damit nur die italienische Stimme auf der Konferenz gegen Preußen gewonnen werden soll, was nicht gelingen wird.

— Wie die „N. A. Z.“ hört, ist so eben mittelst Allerhöchster Ordre der Bau einer fünften gedeckten Korvette zu 26 Geschützen und von 400 Pferdekraft auf dem Werft von Danzig befohlen worden. Die neue Korvette soll den Namen „Elisabeth“ erhalten.

Marientburg, 27. Februar. Die „Patr. Z.“ meldet: Auch den hiesigen Elementarlehrern ist vom Schulinспекtor eine Verfügung vorgelesen worden, der zufolge ihnen das Lesen der „Volkszeitung“, des (Sächsen) „Schulblattes“ und gleichgesinnter Provinzial-Zeitungen untersagt ist. (Den Empfang der Verfügung mußten die betreffenden Lehrer durch Namensunterschrift bezeugen.)

Koblenz, 2. März. Das „Koblenzer Tageblatt“ schreibt: Den Herren Abgeordneten Caspers und Rausch wird von ihren Verehrern ein Abendessen im Lütticher Hofe gegeben. Wir finden das ganz in der Ordnung: denn ein gutes Essen stärkt die Konstitution.

Aus Hamburg, 1. März. Schreibt man der „Br. Z.“: Wie ich erfahre, kauft ein hiesiges Blatt (die „Reform“) sich auf gute Informationen, wenn es heute die von Seiten des Hamburgischen Senats in Sachen der preussischerseits bestrittenen Berechtigung des Hamburgischen Staates zur Vermittelung des Postverkehrs mit dem Herzogthum Lauenburg beabsichtigte Anrufung der Entscheidung des Bundestages signalisiert. Die bisher zwischen Hamburg und Preußen obwaltenden desfallsigen Verhandlungen sind abgebrochen worden, und es heißt, daß Hamburg in Frankfurt namentlich den Umstand geltend machen werde, daß Lauenburg durch das Personalunionsverhältnis zu der preussischen Krone keineswegs die Bervollständigung der preussischen Postbefugnisse auf Hamburger Staatsgebiete involvire.

Aus Dresden meldet eine telegr. Dep. der „Hamb. Nachr.“: Nachdem die Zustimmung sämtlicher Regierungen eingetroffen, wird die Zollvereinskongress hier am 29. April eröffnet werden.

Dem Vernehmen nach hat, wie der „Bant- und Hds.-Ztg.“ von Wien geschrieben wird, am 28. Februar Baron Werther die, übrigens in maßvollen Ausdrücken abgefaßte Erklärung zu übergeben gehabt, daß Preußen die einseitige Einberufung der holländischen Stände, auch wenn dieselbe nur zu Zwecken der Gesetzgebung erfolge, als in den kraft des Gasteiner Vertrags Oesterreich übertragenen Befugnissen begründet unbedingt nicht erachten könne, und daß es sich, falls sie gleichwohl verfügt werden sollte, die Ergreifung aller derjenigen Maßregeln vorbehalten müsse, welche es durch die ihm dann allein maßgebende Lage seiner eigenen Interessen geboten glauben möchte.

— Wie die „N. Fr. Ztg.“ vom Main vernimmt, ist von einem unserer Mittelstaaten neuerdings die Stellung eines Antrags am Bund in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit angeregt und darüber mit verschiedenen deutschen Kabinetten verhandelt worden. Der vorgelegte Entwurf knüpft an den Bundesbeschluß vom 6.

April 1865 an und fordert in sehr entschiedener Weise die Regierungen von Oesterreich und Preußen auf, in Holstein endlich durch Einsetzung des erbberechtigten Erbprinzen von Augustenburg einen geordneten Rechtszustand herzustellen.“ Es wird in dem Entwurf ausdrücklich auf die Art. 19 und 21 bis 24 der Wiener Schlußakte hingewiesen, wodurch jede Selbsthülfe zwischen Bundesgliedern untersagt und alle Streitigkeiten zwischen denselben vor die Austragalinanz verwiesen werden.

Prag, 1. März. Die politische Erregung in Prag scheint zu wachsen. Häßliche Excesse sind der Wiener „Pr.“ zufolge am 28. Februar auf der Prager Universität vorgekommen. Deutsche Studenten beabsichtigten angeblich, den deutschen Professor Höfler (der der Absicht der Czechenpartei auf allmähliche Czechisierung der Universität am entschiedensten, namentlich auch durch eine Broschüre entgegenwirkte) für die von Seiten der czechischen Journale ihm widerfahrenen Angriffe in seinem Hörsaal durch ein „Hoch“ zu entschädigen. Die Czechen erhoben hiergegen Lärm, sie wurden unterstützt von der Straßenzugend, Bänke wurden zertrümmert, Höfler mit Holzstücken beworfen. Universitätsrektor Nablowsky erschien spät. Endlich erschien auch Polizei. (Nach dem Wiener „Vaterland“) hat indeß der Rektor selbst die Ordnung wieder herzustellen vermocht. In einem späteren Berichte der „Presse“ heißt es: Die deutschen Studenten, Höfler beschützend, versuchten vergebens, Ruhe zu stiften. Die Vorlesung war unmöglich; Höflers Entfernung wurde mit Noth bewerkstelligt. Vor der Universität waren Pöbelmassen angesammelt. Dies war am Tage vor der Abstimmung des Landtages über den Niegler'schen Antrag. Dieser Antrag, bereits im Januar eingebracht, lautet:

„Der Landtag beschließt, die Regierung zu ersuchen, den Grundsatß der Gleichberechtigung beider Nationalitäten des Landes an der Landes-Universität in nachfolgender Weise durchzuführen: Für jeden Gegenstand, für welchen die vorgeschriebenen Prüfungen (Rigorozen, Staatsprüfungen oder Prüfungen der Gymnasial-Lebrants-Kandidaten u. s. w.) abgelegt werden müssen, ist wenigstens ein Professor, welcher die festgesetzte Anzahl von Stunden in böhmischer Sprache vorzutragen hätte, und wenigstens einer, der über denselben Gegenstand durch dieselbe Anzahl von Stunden in deutscher Sprache vorzutragen hätte, zu bestellen. Ausgenommen sind diejenigen Gegenstände, welche nur in lateinischer Sprache vorgetragen werden. Alle vorgeschriebenen Prüfungen können entweder in der böhmischen oder in der deutschen Sprache abgelegt werden, insofern deren Ablegung nicht in lateinischer Sprache vorgeschrieben ist. Sollte für irgend einen Gegenstand ein böhmischer oder deutscher Unterrichts-sprache ein ordentlicher Professor nicht bestellt sein, so ist die Prüfung in dieser Sprache von dem für die Vorlesungen über denselben Gegenstand in derselben Sprache bestellten außerordentlichen Professor vorzunehmen.“

Der über den Antrag bestellte Ausschuß hatte sich in eine Majorität und eine Minorität gespalten; die Majorität beantragte vollständige Annahme des Niegler'schen Antrags, die Minorität vorgängige Befragung der Universität. Bei der Verhandlung im Plenum nun, am 1. März, kam es zu den heftigsten Debatten, die nach einer Unterbrechung der Sitzung durch eine kurze Pause fortgesetzt und noch am selben Tage zu Ende geführt wurden. Im Laufe derselben erklärte im Namen der Regierung der Statthalterreichrath Bach, die Regierung werde sich nicht der Nothwendigkeit entschlagen können, die Universität zu vernehmen. Dieser werde jedenfalls Gelegenheit geboten werden, sich über die verhandelte Frage auszusprechen. Der Regierung liege das Interesse der hochberühmten Hochschule am Herzen, ebenso aber die Ansprüche der Böhmern auf Förderung ihrer Sprache und Literatur. Die Regierung werde nach sorgsamster Erwägung der verschiedenen Verhältnisse die endliche Entscheidung selbst mit pecuniären Opfern treffen. (Lebhafter Beifall.) — Bei namentlicher Abstimmung wird zuletzt der Antrag der Ausschuß-Minorität mit 121 gegen 101 Stimmen verworfen. Stürmische Clavarufe erschollen aus den Galerien, welche von der auf der Straße versammelten Volksmenge wiederholt wurden. Der deutsche Abgeordnete Herbst verlangt Räumung der Galerie, und der Abgeordnete Brinz besteht, da der Vorsitzende zögerte, auf der Räumung, welche nun unter großer Bewegung und Widerspruch des Centrums vorgenommen wird. — Die Rufe auf der Strafe dauern fort. — Um 8 Uhr Abends wurde die Sitzung geschlossen. — Die czechischen Abgeordneten wurden auf der Gasse stürmisch begrüßt.

Ausland.

Brüssel, 1. März. Die Hirtenbriefe der Bischöfe durften nach Artikel 302 des neuen Strafgesetzbuches nicht von der Kanzel verlesen werden, die Geistlichen versetzten schweren Strafen. Die Klagen der Klerikalen darüber hat man endlich als berechtigt anerkannt, der Artikel ist dahin abgeändert, daß sie gelesen werden dürfen, daß ihr Inhalt aber dem allgemeinen Pressgesetz unterliegt, der Senat hat den also veränderten Artikel einstimmig angenommen.

Paris, 1. März. Sitzung des Senats vom 27. Februar. In der gestrigen Sitzung des Senats kam eine Petition zur Verhandlung, in welcher darum eingebracht wird, daß man die Todten nicht sofort begrabe, sie in Todtenhäusern aufstelle und alle möglichen Vorsichtsmaßregeln ergreife, damit kein Lebendiger begraben würde. Die Kommission hat sich für die Tagesordnung ausgesprochen, der Senat bestimmte aber, daß die Petition an die Regierung übergeben werde. Großen Antheil an diesem Beschlusse hatte eine Rede des Kardinals Donnet, der u. A. auch folgenden Fall anführte: Im Jahre 1826 stand an einem sehr heißen Tage und in vollgepfropfter Kirche ein junger Priester auf der Kanzel. Plötzlich wurde er von einem Schwindel erfaßt, das Wort stockte auf seinen Lippen, er sank nieder; man trug ihn hinaus und einige Stunden später erklangen die Sterbeglocken. Er sah nichts mehr,

er hörte noch und was er vernahm war gerade nicht geeignet, ihn zu beruhigen. Der Arzt erklärte ihn für todt und unterzeichnete die Bewilligung zur Beerdigung. Der Bischof der Kathedrale, in welcher der junge Priester gepredigt hatte, kam herbei und recitirte das „De profundis“; man nahm das Maß für den Sarg; die Nacht sank nieder und Jedermann begreift die Angst eines in einer solchen Lage lebenden Wesens. Mitten im Gewirre der um ihn summenden Stimmen schlägt der Klang der Sprache eines seiner Jugendfreunde an sein Ohr. Die Wirkung ist wunderbar! und ruft eine übermenschliche Anstrengung hervor. Der junge Prediger von damals stand den andern Tag wieder auf der Kanzel und heute, meine Herren, steht er vor Ihnen.“

— Im Juli werden es hundert Jahre, daß Lotbringen „definitiv“, wie die „France“ sich ausdrückt, mit Frankreich vereinigt ward. In Ranzig soll diese Jubelfeier glänzend begangen werden; der Kaiser und die Kaiserin werden in Person dem Feste anwohnen, und die letztere betreibt es auch, daß Ranzig Sitz eines neuen Erzbischofs wird. Diese Absichten werden den Lotbringern schon jetzt angefündigt.

— Die „France“ meldet, daß die Mächte, welche den Vertrag von Paris unterzeichnet haben, in Paris zu einer Konferenz zusammenzutreten werden, um sich mit der Angelegenheit der Donau-Fürstenthümer zu beschäftigen.

— Die letzten in den Süden zurückgedrängten Dissidenten in Algerien, die Uad-Sidi-Scheifs, haben dem kommandirenden General der Provinz Dran Unterwerfungs-Eröffnungen durch ihren jungen Anführer, den letzten Sidi-Hamzas, machen lassen.

— Der Pfarrer an der Madalaine-Kirche, Herr Duguerry, der sich gleichfalls der besonderen Gunst Eugeniens erfreut, ist zum Erzieher des jungen Prinzen ausersehen und soll durch Erhebung in den Senatorenstand und durch Ernennung zum Bischof in partibus zu jener Würde noch tauglicher gemacht werden. — Gestern wurden auch die sämtlichen amerikanischen Journale auf der Post zurückgehalten.

London, 1. März. Carl Russells Rücktritt, den die „Times“ ankündigte und der halboffizielle „Globe“ (Abendblatt) noch am selben Tage in bestimmteste Abrede stellte, soll, den Versicherungen des letztgenannten Blattes nach, eine „müßige Erfindung“ gewesen sein. Dies ist nicht ganz glaublich. Wahrscheinlich war eine Krisis da, die aber schnell vorüberging. Die Benachrichtigung der „Times“ wird aus jenem Moment herkommen, wo der Rücktritt wahrscheinlicher war, als das Verbleiben im Amt. Die „Times“ schreibt heute mit Bezug auf diese Angelegenheit:

„Das gestern erwähnte Gerücht von Carl Russells Entlassungs-Gesuch ist mit solcher Ermächtigung in Abrede gestellt worden, daß wir uns heilen, den Eindruck und die Spekulationen, die es natürlich hervorgerufen hat, zu berichtigen und zu mäßigen. Wir geben das Gerücht vorsorglich nur als solches, obgleich es uns, offen gestanden, mit solchen umständlichen Einzelheiten zugekommen war, daß man ihm Beachtung schenken mußte; und erst nachdem wir eine gute Weile gewartet und mannichfache Erkundigungen eingelesen hatten, hielten wir es für Pflicht, Betrachtungen darüber anzustellen. . . . Wenn wir glauben dürften, daß das Ministerium entschlossen ist, die Reformfrage auf eine oder die andere Weise zu lösen und nicht bloß aufzurühren, so könnte sich Niemand über eine so schöne Aussicht mehr freuen, als wir. Wahrscheinlich wird das Gerücht trotz der nachdrücklichsten Desavouirung noch ferner Glauben finden. . . .“

— Der toryistische „Herald“ bemerkt mit Rücksicht auf die Gerüchte einer Ministerkrise: Lord Derby (die Tories) wird keinen Versuch machen, das gegenwärtige Ministerium zu stürzen; wenn aber das Russell'sche Ministerium in Folge seiner inneren Schwäche oder unter dem Tadel des Landes zusammenbricht, wird Lord Derby das Amt übernehmen, zu dem ihn seine hohe Stellung, seine langjährigen Erfahrungen und große Talente befähigen.

— Es war von Anfang an bestimmt, daß Prinz Christian von Augustenburg und Prinzessin Helena in England wohnen bleiben sollten. Wir glauben nun, bemerkt „Pall-mall Gazette“, daß es mit dem bleibenden Aufenthalte des Prinzen in unserm Lande nicht sein Bewenden haben wird. Es ist nämlich im Werke, ihn hier zu naturalisiren und ihm eine englische Pairie mit dem Titel eines Herzogs von Kendal zu verleihen. Dieser Plan hat, so weit er sich auf die Pairie bezieht, wie zu erwarten stand, einen starken Widerspruch gefunden; indessen ist es mehr als wahrscheinlich, daß er nichts desto weniger ausgeführt werden wird.

Bukarest, 25. Februar. Am gestrigen Tage ist Fürst Kusa, welcher bis dahin in der Stadt gefangen saß, auf das dicht bei der Stadt belegene Fürstliche Lustschloß Cobroceni gebracht worden und wird daselbst mit allen seinem Range gebührenden Rücksichten behandelt. Seiner Gemahlin, welche keineswegs nach der Moldau abgereist war, sondern sich auf das in der Nähe von Cobroceni belegene Landhaus des Dr. Davila begeben hatte, ist der Zutritt zu ihm gestattet worden. Auch haben ihm am gestrigen Tage der französische, russische, österreichische und italienische Konsul einen Besuch abgestattet. Der Fürst soll, wie man sagt, mit vieler Würde sein Geschick ertragen; er verlangt nur, daß ihm die provisorische Regierung gestatte, sofort das Land zu verlassen. (Dies ist bekanntlich mittlerweile geschehen. D. Red.) Gleich nachdem der Graf von Flandern unter dem Namen „Philipp I.“ zum Fürsten proklamirt worden, hat die Armee, so wie die Kammer demselben den Eid der Treue geleistet. Wie es heißt, soll jedoch bereits gestern Abend von demselben eine ablehnende Antwort eingetroffen sein. Ueberraschend könnte eine derartige Antwort nicht sein, da bei dem Abhängigkeitsverhältnisse zur Pforte die Wahl eines fremden Fürsten gleichbedeutend mit der Unabhängigkeits-

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat. . .	5	—
Hamburg	6 Tag.	152 $\frac{1}{2}$ bz	Used. - Wollin.		
"	2 Mt.	—	Kreis-Oblig. . .	5	—
Amsterdam	8 Tag.	144 G	St. Str.-V.-A. .	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A. .	4	116 G
London	10 Tag.	6 26 $\frac{1}{4}$ bz	Pr. See-Assec.		
"	3 Mt.	6 22 $\frac{3}{4}$ B	Comp.-Act. . . .	4	—
Paris	10 Tg.	81 $\frac{1}{3}$ G	Pomerania . . .	4	110 G
"	2 Mt.	80 $\frac{1}{12}$ B	Union	4	103 bz
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Sp.-ich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Pfeich.-A. .	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.		
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act. .	5	1050 B
St. Petersburg.	3 Wch.	—	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	5	Lomb. 6 $\frac{1}{2}$ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl. 54 57	4 $\frac{1}{2}$	—	Bredower " . .	4	—
"	5	—	Walzmühl.-A. .	5	—
St. Schldsch.	3 $\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	—	Fabrik	4	—
Pomm. Pfdbrr.	3 $\frac{1}{2}$	—	Stett. Dampf		
"	4	—	Schlepp-Ges. . .	5	300 B
" Rentenb	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P. P. B. A.	—	—	schiffs-Verein .	5	—
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C	4	95 B
Berl.-St. Eis.-	—	—	Germania	4	105 $\frac{3}{4}$ B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	84 B
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
"	4 $\frac{1}{2}$	—	mühlen-Ges. . .	4	102 $\frac{1}{2}$ B
Starg.-P. E. A.	3 $\frac{1}{2}$	—	Pommerensd. .		
" Prior.	4 $\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik . .	4	—
Stett. Std.-O.	4 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{1}{2}$ B	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-	—	—	Stettin, Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A. .	—	—
St. Schausp.-	—	—	Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—